

Beschluss Landesvorstandssitzung am 24. Januar 2015

Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben

1. Der Landesvorstand unterstützt die bundesweite Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben mit ihren politischen Kernforderungen:
 - Für gute und sichere Arbeit: Weg mit den Befristungen, Leiharbeit bekämpfen, Zukunft planen können!
 - Weg mit den Sanktionen: Soziale Mindestsicherung statt Hartz IV!
 - Für gute soziale Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger: Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit und Gute Gesundheitsleistungen für alle: Zahnersatz und Brillen wieder in die Krankenversicherung!
 - Arbeit umverteilen statt Dauerstress, Minijobs und Massenarbeitslosigkeit!
 - Wohnen und Energie müssen bezahlbar sein: Mietenexplosion gesetzlich stoppen!

2. Der Landesvorstand beruft einen Kampagnenrat zur Planung und Umsetzung der Kampagne. Ihm gehören an:
 - die Landesvorsitzende,
 - die Landesgeschäftsführerin,
 - 3 weitere Mitglieder des Landesvorstandes
 - je ein/-e Vertreter/-in der Kreisverbände.

Der Kampagnenrat soll weiteren Sachverstand im Einzelfall hinzuziehen. Aus der Mitte Kampagnenrates wird eine Steuerungsgruppe berufen. Ihr gehören die o.g. MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle an.

3. Der Landesvorstand bittet die Landtagsfraktion, auf Basis des vorliegenden Beschlusses geeignete Maßnahmen zur parlamentarischen Behandlung der Kampagnenthemen zu ergreifen. Der Jugendverband und Studierendenverband werden gebeten, geeignete Aktivitäten durchzuführen.
4. Der Landesvorstand befasst sich regelmäßig mit dem Fortgang der Kampagne und fasst die ggf. notwendigen Beschlüsse zur weiteren Ausrichtung.
5. Unter Beteiligung eines Vertreters/einer Vertreterin des Bundeskampagnenrates findet im 1. Halbjahr 2015 ein Kampagnenworkshop statt.